

Was birgt die grösste Gefahr für unser Land – ein gestaffelter Atomausstieg oder die bestehenden Kernkraftwerke?

Zur Atomausstiegsinitiative

Abstimmung vom 27. November
Wir haben am 27. November die einmalige Gelegenheit, mit einem Ja aus dieser so schwer zu erfassenden Atomtechnologie auszuweichen, und zwar gestaffelt, was absolut Sinn macht. Oh, hätten wir damals gewusst, dass es zu Super-GAU's kommen kann, dass Strahlenabfälle von Tausenden von Tonnen weltweit erzeugt werden, ohne dafür Endlager zu haben, dass Störfälle nie offen und ehrlich kommuniziert werden, dass die Kosten nie transparent aufgezeigt werden. Wir hätten schon damals nein dank gesagt. Machen wir das Beste daraus, abschalten und auf erneuerbare Energien umschalten.

Peter Briner, Oberwinterthur

«Kein vernünftiges Land steigt aus einem perfekt funktionierenden Stromversorgungssystem aus.»

Stephan Amacker



Führt ein rascher Atomausstieg zu Chaos und Instabilität im Netz oder bringt er Schub für die Energiewende? Keystone

Bei der Diskussion um den vorgezogenen Atomausstieg stehen zwei Befürchtungen einander gegenüber, die beide je von der Gegenseite kleingeredet werden. Die einen sprechen vom Blackout, von der Stromlücke, die andern von einem zweiten Fukushima. Die Wahrscheinlichkeit, dass eins von beiden eintritt, ist nicht messbar. Leicht aber fällt die Antwort auf die Frage, welche Bedrohung schwerwiegender ist: zwei, drei Tage ohne Strom – oder die Gefahr, das ganze Mittelland evakuieren zu müssen. Wohin? Und für wie lange? Eins ist sicher, Mensch: Die Rede von der Sicherheit ist ein Gerede.

Alfred Vogel, Marthalen

Mich beängstigt der Unsinn, der über die Sicherheit unserer Kernkraftwerke durch die Ideologen der Atomausstiegsinitiative verbreitet wird. Ständig werden wahrheitswidrig Beznau und Mühleberg als «Schrottreaktoren» betitelt. So wurden beispielsweise in Beznau I 1993 und Beznau II 1999 die Dampferzeuger gewechselt und ein zusätzliches Speisewassersystem eingebaut, 2015 die Reaktordeckel ausgetauscht, alles hochbeanspruchte und sicherheitsrelevante Komponenten. Es wurden Neukonstruktionen mit verbesserten Eigenschaften bezüglich Ablagerungen und Korrosion eingesetzt. Die Deckel wurden aus eigenem Antrieb und ohne Forderung des

Ensi erneuert. Die Autoren der irreführenden Leserbriefe in der Nähe des Straftatbestandes «Schreckung der Bevölkerung» sollten einmal ein solches Werk besuchen, um festzustellen, dass viele Komponenten neu sind und mit Hunderten von Millionen Franken laufend der Entwicklung und den Sicherheitsanforderungen angepasst wurden und werden.

Mit der Atomausstiegsinitiative wird mit unlauteren Argumenten versucht, ein seit einem halben Jahrhundert einwandfrei, sicher und zuverlässig sowie kostengünstig produzierendes Stromversorgungssystem zu zerstören und damit die Stromversorgung des Landes zu gefährden,

die Landschaft zu verschandeln, die Abhängigkeit vom Ausland zu erhöhen und die CO₂-Produktion mit Dreckstromimporten und Gaskraftwerken anzukurbeln. Die aufgezeigten Alternativen sind bei weitem nicht in der Lage, den Ausfall von zunächst 15 Prozent, später 40 Prozent Strom zu decken.

In all den Jahren ist noch kein einziger Mensch durch einen Dammbruch oder durch einen Reaktorunfall ums Leben gekommen, dieweil man allein durch Auswirkungen der Kohleförderung Opfer in Millionenhöhe ausweist. Kein vernünftiges Land steigt aus einem perfekt funktionierenden Stromversorgungssystem aus und ersetzt es durch ein

schlechteres mit hohen Kosten und unbekanntem Perspektiven.

Stephan Amacker,
Neftenbach

Jahrelang haben die Schweizer AKW günstig und schnell für die Schweiz, aber auch für das Ausland (Export)-Strom erzeugt. In all diesen Jahren wurden schöne Gewinne geschrieben, notwendige Vorabschreibungen aber nur mangelhaft (wenn überhaupt!) getätigt. Jetzt sind unsere AKW in die Jahre gekommen – und plötzlich sollen sie trotzdem weiterlaufen und weiterlaufen und weiterlaufen ...

Die Welt hat sich aber verändert – der Strommarkt ebenfalls. Eine eigentliche Stromschwemme überflutet Europa und somit auch die Schweiz. Die Preise sind tief, gerade für die sonst schon schwer kämpfende Wirtschaft eigentlich eine gute Sache. Und das, obwohl zeitweise drei (oder sogar vier) AKW in der Schweiz infolge betrieblicher «Vorfälle» nicht am Netz waren! Und da soll die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet sein? Wers glaubt, wird selig! Selbst wenn in Spitzenzeiten nicht jedes Kilowatt Strom aus CH-Eigenerzeugung stammt, so ist die Schweiz als Ganzes noch nicht in Gefahr. In Gefahr aber ist sie, wenn in einem dieser alten Kraftwerke etwas passiert. Und in Gefahr bleibt sie, wenn sie weiterhin auf Atomstrom setzt, denn damit wird der Platz für erneuerbare, saubere und bald auch günstige Alternativen nie frei. Es ist wie ein alter Kochherd – solange man diesen in der Küche stehen lässt, wird er nicht durch ein leistungsfähigeres, vor allem aber stromschonenderes und besseres Modell ersetzt!

Die Gegner der Ausstiegsinitiative bringen immer wieder das Argumente des «dreckigen Stroms» aus dem Ausland, der von Kohlekraftwerken im Norden stammt. Aber Hand aufs Herz: Was ist jetzt eigentlich dreckiger Strom? Wenn ich sehe, dass es nur schon bei Sondierungsbohrungen für Endlager von Atomabfällen Einsparungen und Proteste hagelt, kann man beim Atomstrom(abfall) sicherlich vom «dreckigsten Abfall aller Zeiten» sprechen. Und den wollen wir beibehalten?

Sagen Sie Ja zur Atomausstiegsinitiative – es schadet weder der Wirtschaft noch uns selber! Aber es wird mithelfen, die Welt ein wenig sicherer und die Innovation erneuerbarer Energie schneller verfügbar zu machen! Und eine solche Welt möchten wir doch unseren Nachkommen überlassen, oder?

Peter Bühler, Kantonsrat CVP,
Ettenhausen

Nicht nur des Esels Stimme wäre ein J-A, wenn er zum Atomausstieg abstimmen könnte. Auch die andern Tiere würden am 27. November ein überzeugtes Ja in die Urne legen. Weshalb ich so sicher sei? Ich habe das Interview dreier Jäger im Buch «Tschernobyl, eine Chronik der Zukunft» der Literaturnobelpreisträgerin Svetlana Alexijewitsch gelesen: «Also, das war so ... Ich werde ins Kreiskomitee geladen. Hör zu, Chefjäger, heisst es, in der Zone sind viele Haustiere zurückgeblieben, Katzen, Hunde ... Die müssen abgeschossen werden, um Seuchen zu verhüten. Also, an die Arbeit! Als wir das erste Mal kamen, rannten noch Hunde um die Häuser. Bewachten sie. Warteten auf die Menschen. Sie freuten sich über uns, liefen auf uns zu, folgten der

«Ein Ja wird helfen, die Welt ein wenig sicherer und die Innovation erneuerbarer Energie schneller verfügbar zu machen.»

Peter Bühler

menschlichen Stimme ... Wir erschossen sie im Haus, im Stall, im Garten. Schleppten sie auf die Strasse und warfen sie auf LKW. Das war natürlich unangenehm.»

Haben Sie je an die zurückgelassenen Tiere gedacht, was mit ihnen geschieht, wenn wegen eines Reaktorunfalls die Menschen evakuiert werden? Wer sind ihre Anwälte?

Deshalb am 27. November: Ja zum geordneten Atomausstieg.
Renate Kolb, Trüllikon

Was bringt die Revision des Planungs- und Baugesetzes?

Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG)

Abstimmung am 27. November
Nur vom ständigen Wiederholen werden falsche Argumente auch nicht wahrer.

Den Gegnern der Vorlage steht die Entwicklungsautonomie der Gemeinden im Vordergrund. Lauthals und mehrfach heisst es immer wieder ganz banal, dass Einzonungen im Siedlungsgebiet durch diese Vorlage blockiert und damit verunmöglicht werden. Damit werde die Entwicklung unserer Dörfer massiv eingeschränkt. Diese Aussagen sind in mehrfacher Art und Weise absichtlich zum Stimmenfang missbraucht.

Das enge Korsett, welches die Gemeinden in ihrer Entwicklung einschränkt, war der Richtplan,

den das Parlament verabschiedet hat. Dieser ist aber nicht Thema der kommenden Abstimmung. Die Revision des PBG lässt auch weiterhin Einzonungen von Siedlungsgebiet in die Bauzone zu. Handelt es sich dabei um wertvolle Kulturlandflächen (circa 800 Hektaren), muss das beim Aushub anfallende wertvolle Bodenmaterial sinnvoll zur Aufwertung von weniger guten Kulturlandflächen verwendet werden.

Solche aufwertbaren Böden sind dezentral über den ganzen Kanton ideal verteilt und in grosser Anzahl vorhanden. Dies ist die einzige Auflage, um solche Flächen einzuzonen. Heute fahren wir im Kanton Zürich 60 000 LKW, beladen mit wertvollem Bodenmaterial, in Deponien zum Entsorgen. Und genau das können Sie mit einem klaren Ja stop-

pen. Humus ist Leben und darf kein Abfall sein.

Ferdi Hodel, Geschäftsführer
Zürcher Bauernverband,
Dübendorf

Humustourismus klingt in etwa so harmlos wie «Ferien auf dem Bauernhof».

Wer sich aber etwas genauer informiert, was das für die Natur genau bedeutet, wird schnell feststellen, dass dem definitiv nicht so ist. Es genügt nicht, eine Grasnarbe abzutragen und an einer anderen Stelle auf den Boden zu legen. In Tat und Wahrheit geht es um die Verschiebung von riesigen Mengen Erdreich.

Beunruhigend ist ausserdem, dass die Wohnpreise weiter ansteigen werden, da der Humustourismus für Bauherren zusätzliche Kosten verursacht.

Die Grünen und die Bauern waren bis vor wenigen Monaten noch vehement gegen diese Praktik. Mittlerweile haben aber wahrscheinlich gewisse Kreise erkannt, dass ein Teil dieser Zusatzkosten auf das eigene Bankkonto gelenkt werden können – was den Meinungsumschwung erklären könnte.

Neben dem administrativen Mehraufwand (der Kanton Zürich rechnet mit mindestens zwei neuen Stellen) wird es ausserdem schwieriger werden, Baulücken innerhalb von bestehendem Siedlungsgebiet zu schliessen, was die Zersiedelung zusätzlich fördern würde.

Ich bleibe dabei: Aufgrund der hohen Kosten und des massiven Eingriffs in die Natur sollte der Humustourismus nicht zusätzlich gefördert werden. Deshalb sage ich überzeugt Nein zum verschärften Planungs- und Baugesetz.

René Truninger,
Kantonsrat SVP

Pro Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Land überbaut. Gerade auch in unserem Kanton werden immer mehr Flächen zubetoniert. Was leidet, ist unser Ackerland. Und nun be-

haupten die Gegner der Abstimmung zum Planungs- und Baugesetz, dass eine Annahme den Bau künftig verhindere.

Das sind unwahre Aussagen! Der Bau wird nicht gestoppt! Worum es eigentlich geht, ist der Humus. Wertvoller Boden, der anstatt für Aufwertungen von schlechten landwirtschaftlichen Flächen auf Deponien entsorgt wird. Nutzen wir doch den Humus für die Aufwertung von Böden und geben wir damit unseren Bauern genügend Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln.

Glauben Sie mir, die Bautätigkeit wird deswegen nicht eingeschränkt. Jede Stimme zählt – legen Sie am Sonntag, 27. November 2016, ein Ja in die Urne.

Adolf Grob,
Adlikon bei Andelfingen